

Kreisleitung sorgt dafür, daß Vorschläge und Hinweise der Eltern aufmerksam behandelt und genutzt werden.

Die Wehrerziehung als Bestandteil der kommunistischen Erziehung ist so zu gestalten, daß bei allen Schülern die Wehrbereitschaft entwickelt und bei geeigneten Jugendlichen militärische Berufsperspektiven herausgebildet und gefestigt werden. Die Erfüllung dieser Aufgaben erfordert die volle Wahrnehmung der Verantwortung aller Beteiligten und eine planmäßige politische Arbeit mit den Schülern und Eltern durch das enge Zusammenwirken des Wehrkreiskommandos, der Schulen, der Elternvertretungen, der FDJ, der GST und des Berufsberatungszentrums.

Die notwendigen materiellen und personellen Voraussetzungen für die kontinuierliche Entwicklung des Volksbildungswesens im Stadtbezirk Berlin-Köpenick stets zu sichern bzw. zu schaffen, verlangt von den Genossen der örtlichen Volksvertretung und ihrer Organe, ihre Verantwortung noch gründlicher wahrzunehmen. Ständige Aufmerksamkeit gebührt der Werterhaltung der Objekte und der Sicherung guter Arbeits- und Lebensbedingungen für Pädagogen, Schüler und technische Mitarbeiter. Hort, Ferien- und Freizeitgestaltung müssen dabei besonderes Interesse erfahren, weil sie sich unmittelbar auf das Leben der Kinder und deren Eltern auswirken. In diesem Sinne verdienen auch die Qualität der Schulspeisung, die Trinkmilchversorgung und andere materielle Fragen noch größere Beachtung.

Im Vorschulbereich ist allen Kindern, deren Eltern es wünschen, mit Vollendung des 3. Lebensjahres ein Platz im Kindergarten zu gewährleisten, und es sind alle erforderlichen Voraussetzungen für eine hohe Qualität der Bildungs- und Erziehungsarbeit zu sichern. Das ist durch die Kreisleitung zu kontrollieren.

Die Erkenntnisse und Erfahrungen aus der Arbeit der Kreisleitung Berlin-Köpenick machen insgesamt deutlich, daß die schulpolitischen Aufgaben um so wirksamer realisiert werden, je besser es durch die politisch-ideologische Arbeit der Partei gelingt, alle Vorzüge der sozialistischen Gesellschaft zu nutzen.

Beschluß des Sekretariats des ZK vom 25. April 1984